

**Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 2 GO LT
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage der Abgeordneten Verena Kämmerling (CDU)

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz namens der Landesregierung

Inwiefern hat die Landesregierung die Forderungen der Energiebranche im Vorfeld der Energieministerkonferenz im Mai 2026 aufgegriffen?

Anfrage der Abgeordneten Verena Kämmerling (CDU), eingegangen am 27.07.2026 -
Drs. 19/11280,
an die Staatskanzlei übersandt am 29.07.2026

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz namens der Landesregierung vom 13.08.2026

Vorbemerkung der Abgeordneten

Im Mai 2026 wurde ein gemeinsames Forderungspapier der Unternehmerverbände Niedersachsen e. V., Avacon, der EWE AG und des Landesverbandes Erneuerbarer Energien Niedersachsen/Bremen mit Vorschlägen zu Netzausbau, Netzanschlussverfahren und entsprechenden Genehmigungsprozessen veröffentlicht.¹ Das Papier war laut den Verfassern ebenfalls Gegenstand von Gesprächen mit Vertretern der Landesregierung im Vorfeld der Energieministerkonferenz (EnMK) auf Norderney.²

Vorbemerkung der Landesregierung

Der Energieministerkonferenz gehören die Ministerinnen, Minister, Senatorinnen und Senatoren der Länder an, welche für Energie zuständig sind. Die zuständige Bundesministerin wird regelmäßig als Gast eingeladen. Im Zusammenhang mit der Energieministerkonferenz erreichen die Landesregierung regelmäßig eine Vielzahl von Vorschlägen und Positionierungen. Auf Wunsch der Branche gab es im Vorfeld der 7. Energieministerkonferenz auf Norderney einen eigenen Energiegipfel mit Minister Meyer (siehe Pressemitteilung des Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz [MU] vom 14.5.2026). Dort wurde auch das in der Frage benannte Papier der Unternehmerverbände Niedersachsen e. V., der Avacon Netz GmbH, der EWE AG und des Landesverbandes Erneuerbarer Energien Niedersachsen/Bremen e. V. (LEE) intensiv diskutiert und begrüßt. Dies wurde auch nach dem Netzgipfel in einer Pressemitteilung mit Zitaten des Präsidenten des BDEW, Stefan Dohler, und der LEE Vorsitzenden, Bärbel Heidebrock, aufgegriffen, die die Initiative des Landes sehr begrüßt haben:

„Meyer: ‚Unsere Energiewende-Branche braucht Verlässlichkeit und Planbarkeit‘

Energieminister tauscht sich mit Niedersächsischen Unternehmen und Verbänden im Vorfeld der Energieministerkonferenz auf Norderney zu den laufenden Gesetzgebungsverfahren aus

[...] Im Vorfeld der Konferenz hat sich der Minister mit zahlreichen Vertreterinnen und Vertretern der Branche im Rahmen eines Netz- und Energiewendegipfels ausgetauscht. Mit dabei waren die Unternehmen der erneuerbaren Energiebranche, der Bundesverband der Energiewirtschaft (BDEW), Verband Kommunaler Unternehmen (VKU), Unternehmerverbände Niedersachsen (UVN), Batteriespei-

¹ https://lee-nds-hb.de/wp-content/uploads/2026/05/Netzpapier_UVN_EWE_Avacon_LEE.pdf

² <https://lee-nds-hb.de/lee-niedersachsen-bremen-auf-der-energieministerkonferenz-erneuerbaren-branchenetzbetreiber-und-wirtschaft-legen-gemeinsames-forderungspapier-vor>

cherhersteller und Netzbetreiber wie Avacon und Tennet. ‚Um unabhängiger, resilienter und klimafreundlicher zu werden, werden wir mehr erneuerbaren Strom benötigen. Und wir sind uns einig, den Ausbau von Netzen und Speichern ähnlich wie beim erfolgreichen Ausbau der erneuerbaren Energien selbst schneller, unbürokratischer und systementlastender zu betreiben. Daher sind ein Netzausbauturbo, die planbare Finanzierung der erneuerbaren Energien durch ein effizientes EEG und richtig platzierte Speicher dringend notwendig und unumgänglich‘, so Meyer.

‚Damit das gelingt und Strompreise durch die günstigen Erneuerbaren weiter sinken, gilt es, den Netzausbau nicht zu stoppen oder zu verlangsamen, sondern auch mit Landesmaßnahmen zu beschleunigen. Mir war es wichtig, dazu die Meinung der Branche auf- und mitzunehmen für die anstehenden Beratungen auf Norderney. Es geht um nicht weniger als zweistellige Milliarden-Investitionen und zehntausende Arbeitsplätze in Niedersachsen im Bereich Offshore- und Onshore-Wind- und PV-Anlagen, grünen Wasserstoff, Speicher und Netze. Aber auch um die Transformation und die Elektrifizierung von Gebäuden durch Wärmepumpen, des Verkehrs durch Elektromobilität und große Teile der Wirtschaft durch Strom oder grünen Wasserstoff aus erneuerbaren Energien. Mit der in 2025 im Rekordtempo und in Rekordzahl von 807 genehmigten Windkraftanlagen mit über 5,2 Gigawatt allein in Niedersachsen dürfen die privaten Investoren jetzt nicht durch den Redispatch-Vorbehalt von Bundesministerin Reiche ausgebremst werden. Ich habe aus dem Gespräch viel Konsens von Netzbetreibern, Energiebranche, Unternehmen und Erneuerbaren Branche mitgenommen. Am wichtigsten ist allen: Keine energiepolitische Kehrtwende, sondern Planbarkeit und Verlässlichkeit im Festhalten am Ausbau der günstigen und heimischen erneuerbaren Energien.‘

Dass mit Blick auf die Pläne von Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche alleine in Niedersachsen 32 Milliarden Euro an Investitionen auf dem Spiel stehen, hat schon der Landesverband Erneuerbare Energien Niedersachsen/Bremen (LEE) angemahnt. Die LEE-Vorsitzende Bärbel Heidebroek fordert nach dem Branchengespräch mit Energieminister Meyer: ‚Wir brauchen ein gemeinsames energiepolitisches Leitbild, auf dessen Grundlage konkrete Entscheidungen getroffen werden können. Von der Energieministerkonferenz der Länder muss nun die grundlegende Überarbeitung der aktuellen Gesetzesentwürfe von Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche ausgehen. Unser Ziel muss es dabei sein, gerade in diesen Zeiten die Wirtschaft zu stärken und die Versorgung zu sichern. Die Netze müssen dabei entlastet und der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien ermöglicht werden - beides gehört zusammen. Für eine erfolgreiche Energiewende braucht es schnellere Genehmigungen, mehr Digitalisierung und ein Netzausbau im Deutschlandtempo. Dazu gehört auch eine regionale Stromnutzung in Zeiten von Überschüssen statt deren Abregelung sowie eine effizientere Nutzung vorhandener Netzan Anschlüsse durch Überbauung. Hierzu liegen längst konkrete Vorschläge auf dem Tisch. Der Bund sollte sich an Niedersachsen orientieren. Hier setzen sich Landespolitik, Netzbetreiber und die Branche der erneuerbaren Energien an einen Tisch und suchen gemeinsam nach konstruktiven Lösungswegen.‘

Auch Stefan Dohler, Präsident des Bundesverbandes der Energiewirtschaft (BDEW) fordert den Bund dazu auf, einen verlässlichen Rahmen zu setzen: ‚Der zielgenaue Aus- und Umbau der Netze im Zuge der Energiewende erfordert Investitionen in Milliardenhöhe. Das ist ein historisches Investitionsprogramm, für das wir auch privates Kapital gewinnen müssen. Es muss alles dafür getan werden, die regulatorischen Bedingungen für diese Herkulesaufgabe zu verbessern. Wenn wir jetzt am falschen Ende sparen, zahlen wir auf lange Sicht doppelt, weil uns die Infrastruktur fehlt. Nach Verschlechterungen in den Rahmenbedingungen für die Netzbetreiber durch die Ergebnisse des NEST-Prozesses wird es jetzt umso mehr darauf ankommen, dass eine deutlich höhere Verzinsung als bisher gewährt wird, die auch international wettbewerbsfähig ist. Nur so können wir die Investoren überzeugen, dass ihr Geld gut angelegt ist. Außerdem müssen die Beschleunigungsmaßnahmen beim Netzausbau auch für die Verteilnetze gelten.‘

Die Impulse der Verbände und Unternehmen ‚werde ich bei der EnMK an der richtigen Stelle platzieren‘, so Minister Meyer. ‚Die Branche braucht Verlässlichkeit und Planbarkeit. Ein Redispatch-Vorbehalt z. B., der die Kosten nach oben treibt, hilft uns nicht. Wichtig ist auch die Finanzierung der Energiewende etwa über den Deutschlandfonds und ein neues EEG. Mit Netzausbau, mehr Flexibilität beim Verbrauch, mehr richtig platzierten Speichern bis hin zu Wasserstoffspeichern und mehr Digitalisierung gilt es, Redispatch zu reduzieren. Der niedersächsische Weg des Energiedialogs hat sich bewährt und ich nehme den breiten Branchenkonsens als Rückenwind mit. Mir war es wichtig, den Praktikern zuzuhören und dies gegenüber dem Bund zu vertreten. Denn wir haben alle sehr

großes Interesse an einem kosteneffektiven System, um die Strompreise durch günstige heimische Freiheitsenergien wie Sonne, Wind, Biogas plus gut ausgebaute Netze und Speicher weiter zu senken, Deutschland resilienter und unabhängiger zu machen und fossile Abhängigkeiten schnellstmöglich zu beenden. Die Lehre aus der erneuten fossilen Energiekrise muss sein, den Umstieg auf heimische erneuerbare Energien mit hoher lokaler Wertschöpfung zu beschleunigen. Niedersachsen als Energieland Nr. 1 zieht hier mit der Wirtschaft an einem Strang und in eine gemeinsame Richtung.“ (<https://www.umwelt.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/pressemitteilungen/meyer-unsere-energiewende-branche-braucht-verlasslichkeit-und-planbarkeit-250915.html>)

1. Für welche der elf in dem Forderungspapier enthaltenen Vorschläge hat sich die Landesregierung im Rahmen der EnMK eingesetzt und für welche nicht (bitte jeweils mit Begründung)?

Wie in der Vorbemerkung geschildert, hat der Energieminister das gemeinsame Forderungspapier der Verbände sehr begrüßt. Durch den LEE wurde das Papier auch vielen prominenten Teilnehmer*innen der EnMK und auch presseöffentlich dem Vorsitzenden Minister direkt auf Norderney überreicht. Seitens des Ministers und vielen Konferenzteilnehmer*innen wurden diese Vorschläge direkt in die Verhandlungen auf der EnMK eingebracht und umgesetzt. Der Minister hat sich massiv und mit Erfolg für die Aufnahme der Forderungen eingesetzt. Der größte Teil der Vorschläge wurde daher in die einstimmigen Beschlüsse der Konferenz aufgenommen. Die Vorschläge 4, 6, 8 und 11 des Positionspapiers sind in den Beschlüssen „Preisstabilität“, „Netzausbau“ sowie „Soziale Flankierung“ der 7. Energieministerkonferenz berücksichtigt. Insbesondere die Absenkung der Stromsteuer, die Beschleunigung des Netzausbaus und die Ablehnung des vom Bund geplanten Redispatch-Vorbehalts wurden einstimmig beschlossen. Die Vorschläge 1 und 5 des Positionspapiers fanden bereits bei früheren Beschlüssen der Energieministerkonferenz Berücksichtigung und wurden daher bei der 7. Energieministerkonferenz noch einmal bekräftigt oder konkretisiert. So wurde die Bundesregierung im Rahmen des Beschlusses „Rechenzentren“ um eine Prüfung gebeten, wie die Flexibilität von Rechenzentren bundesweit besser erschlossen werden kann, etwa im Rahmen der erforderlichen Weiterentwicklung des §13k EnWG. Die Vorschläge 2, 3, 7, 9 und 10 des Positionspapiers werden näher geprüft und haben teilweise auch andere Adressaten, wie die Genehmigungsbehörden, die Kommunen oder die BNetzA.

2. Welche Reaktionen der übrigen Länder sowie der Bundesregierung erfolgten auf die gegebenenfalls von der Landesregierung vertretenen Vorschläge?

Wie geschildert wurde das Papier von mehreren Landesministern in Gesprächen mit dem LEE sehr interessiert zur Kenntnis genommen, diskutiert und oftmals auch in die internen Verhandlungen eingebracht und ist größtenteils in die einstimmigen Beschlüsse (siehe Antwort zu Frage 1) eingeflossen. Da bei der Energieministerkonferenz kein Wortprotokoll geführt wird und die Beratungen nicht öffentlich verlaufen, können einzelne mündliche Positionierungen von Bund und Ländern nicht bekannt gegeben werden, hier ist auf die Beschlusstexte, Pressemitteilungen und die mediale Berichterstattung auch zu den Übergaben zu verweisen.

3. Wie beabsichtigt die Landesregierung, mit den elf Forderungen weiter zu verfahren (etwa im Hinblick auf Umsetzung, weitere Prüfung oder sonstige Folgerungen)?

Die Vorschläge des Positionspapiers betreffen sämtlich Bundesangelegenheiten. Wie geschildert wurden große Teile des Positionspapiers erfolgreich in die Beschlüsse der EnMK eingebracht. Leider hat die Bundesregierung große Teile der EnMK Beschlüsse zum Netzausbau, Ablehnung Redispatch-Vorbehalt, Absenkung Stromsteuer für alle etc. noch nicht umgesetzt oder sogar in den aktuellen EEG-Entwürfen oder dem Netzpaket abgelehnt. Die Landesregierung wird sich in den hierfür vorgesehenen formalen Verfahren sowie gegebenenfalls bei weiteren sich bietenden Möglichkeiten im Sinne der Fortsetzung und Beschleunigung der Energiewende und des dazugehörigen Ausbaus der erneuerbaren Energien, Netze und Speicher weiter einbringen.